

# Für eine offene und solidarische Schweiz

Anfang März 2014

*Ruth Dällenbach, Katharina Prelicz-Huber, Ruth Gurny, Beat Ringger, Hans Schächli, Nina Schneider, Walter Schöni, Jean-François Steiert*

Die Kontingentierungsbestimmungen, die am 9.2.14 mit knappem Mehr in die Verfassung geschrieben worden sind, verletzen grundlegende Freiheitsrechte, bringen Menschen unterschiedlicher Nationalität gegeneinander auf und isolieren die Schweiz im europäischen Umfeld. Wir lassen nicht locker, bis diese fatalen Kontingentierungsbestimmungen wieder rückgängig gemacht sind, und wir rufen die fortschrittliche und die liberale Schweiz dazu auf, sich gemeinsam gegen jede Form von Kontingentierungspolitik einzusetzen. Wir halten fest:

1. Die Personenfreizügigkeit ist ein grundlegendes Freiheitsrecht. Wird es beschnitten, dann verschlechtert sich die Lage jener, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Sie haben weniger Wahlmöglichkeiten und können sich schlechter gegen unfaire Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Dasselbe gilt für das Recht, in Freiheit dort zu leben, wo man sozial verankert ist. Völkerrechtswidrige Ausschaffungen sind inakzeptabel.
2. Nicht die ausländischen Arbeitnehmenden sind das Problem, sondern eine Politik, die maximale Profite und eine Umverteilung von unten nach oben fördert. Die Lohnschere driftet immer mehr auseinander. Der Schutz der Lebensräume und der Umwelt wird kommerziellen Interessen geopfert. Die Spekulation drückt die Mietzinse nach oben. Die Kantone haben nicht

mehr genügend Mittel, um ihre öffentlichen Dienste ausreichend zu finanzieren, weil sie laufend die Steuern für Konzerne und hohe Einkommen senken.

3. Nicht die Zuwanderung ist das Problem, sondern die fremdenfeindliche Stimmungsmache. Die SVP betreibt eine Dauerkampagne gegen AusländerInnen und will damit von jenen gesellschaftlichen Kreisen ablenken, die für die wirklichen Probleme die Verantwortung tragen: Umweltverschmutzung, Lohndumping, zu hohe Mieten, die Verschandelung der Landschaften, soziale Ungleichheit, hoher Stress für berufstätige Eltern. Dies gilt es aufzudecken, und hier liegen die Probleme, die wir ernst nehmen und die wir angehen müssen. Die Konstruktion des ›Fremden‹ führt hingegen in die Irre und ist eine reine Sündenbockstrategie.
4. Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, haben in der Schweiz Anrecht auf Asyl. Die SVP-Initiative spielt Flüchtlinge und andere MigrantInnen gegeneinander aus. Da Krisen und Konflikte nicht vorhersehbar sind, kann die Anzahl der Flüchtlinge nicht in jährlichen Kontingenten erfasst werden, was überdies auch die internationale Flüchtlingskonvention verletzen würde. Zudem tragen multinationale Schweizer Unternehmen in armen Ländern mit Steueroptimierung und Verstößen gegen Arbeits- und Umweltrechte Mitverantwortung dafür, dass Krisen entstehen und Menschen ihre Lebensgrundlagen verlieren. Eine entwicklungspolitisch kohärente Umwelt-, Handels- und Finanzpolitik auf der Basis der Menschenrechte hilft Menschen, in ihrer Heimat eine Existenzgrundlage und sichere Lebensbedingungen zu finden.
5. Der entscheidende Hebel, mit dem Wanderungsbewegungen gesteuert werden, sind die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit insbesondere die Löhne, die Unternehmenssteuern und weitere Standortfaktoren. Eine angemessene Besteuerung von Unternehmen und

die Bekämpfung von Lohndumping sind die besten Mittel gegen die von der SVP beklagte ›Masslosigkeit‹. Fremdenfeindlichkeit hingegen bewirkt das Gegenteil: Je weniger Rechte die Eingewanderten haben, umso weniger können sie sich gegen tiefe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen wehren, und umso mehr geraten auch die Löhne der einheimischen Beschäftigten unter Druck.

6. Die Debatte um die Frage, was »der Schweiz nützt und was nicht« ist irreführend und falsch. Der Nutzen wird nur in Form von ökonomischem Mehrwert definiert, die Menschen werden auf ihre Arbeitskraft reduziert. Gesellschaftspolitische Ziele werden negiert. Wir wollen aber kein Land voller Diskriminierung, Hass und Missgunst, wäre es ökonomisch gesehen noch so ›reich‹. Zudem wird die Einheit und Solidarität der Schweiz von ›oben‹ ausgehöhlt. In den letzten Jahren profitierten vor allem die Grosskonzerne und Menschen mit sehr grossen Vermögen und Abzockerlöhnen, nicht die breite Bevölkerung.
7. Die Schweiz ist ein gutes Beispiel dafür, wie Menschen aus den verschiedensten Kulturen erfolgreiche Gemeinschaften bilden. Sie beruht auf vier Kultur- und Sprachregionen. Sie ist das Ergebnis von Offenheit und von Kooperation mit Menschen aus aller Welt. Der industrielle Aufstieg der Schweiz hätte ohne die Beteiligung von eingewanderten französische UhrmacherInnen und deutschen IngenieurInnen nicht stattgefunden. Die Kinder von EinwanderInnen aus Kroatien und Albanien haben wesentlichen Anteil am Erfolg der Fussballnationalmannschaft. Wir wollen und brauchen eine offene Schweiz, die sich als Teil Europas und als Teil der Welt versteht. Gerade für die Schweiz gilt wie kaum für ein anderes Land: Sie ist multikulturell – oder sie ist nicht.

## **Wir engagieren uns für folgende konkrete Ziele:**

1. Die SVP-Kontingentierungsinitiative wurde am 9.2. 2014 nur mit einem Zufallsmehr angenommen. Ihre Bestimmungen verletzen grundlegende Freiheitsrechte, bringen Menschen unterschiedlicher Nationalität gegeneinander auf und isolieren die Schweiz im europäischen Umfeld. Wir können und wollen diese Bestimmungen nicht hinnehmen. Ihre Konsequenzen werden auch erst nach und nach richtig erkennbar. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, diesen Entscheid nochmals zu prüfen. Dafür müssen geeignete Wege gefunden werden, zum Beispiel mit der Lancierung einer Volksinitiative, die die SVP-Kontingentierungsbestimmungen rückgängig macht.
2. Die Ecopop-Kontingentierungs-Initiative verlangt im Wesentlichen dasselbe wie die SVP-Kontingentierungsinitiative – mit noch härteren Vorgaben. Wir engagieren uns mit allen Kräften für die Ablehnung dieser Initiative in der Volksabstimmung.
3. Die Freiheitsrechte von allen Eingewanderten müssen geschützt werden: freie Niederlassung, freie Stellenwahl, gleichberechtigter Anspruch auf die Leistungen der Sozialversicherungen, gleichberechtigter Anspruch, mit Kindern und Eltern zusammenzuleben.
4. Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, dort zu leben, wo sie oder er verwurzelt ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Personen nach spätestens zehn Jahren Wohnsitz in der Schweiz Anspruch darauf haben, eingebürgert zu werden.
5. In der Schweiz leben und arbeiten rund 100'000 Sans Papiers über lange Zeiträume ohne jeden sozialen und rechtlichen Schutz, darunter zahlreiche Kinder und Jugendliche, die hier zur Schule gehen. Wir fordern, dass der Aufenthaltsstatus aller Sans Papiers legalisiert wird.

6. Die Ausschaffungsinitiative darf auf keinen Fall zu einer völkerrechtswidrigen Praxis führen. Jede Straftat muss einzeln beurteilt werden, bevor eine allfällige Ausschaffung verfügt wird.
7. Die internationale Flüchtlingskonvention hat Priorität gegenüber kurzfristigen innen- und wirtschaftspolitischen Interessen. Verfolgte Menschen haben das Recht auf Asyl und auf ein würdiges Leben in der Schweiz und auf faire Verfahren. Wir verlangen zudem die Aufhebung des Arbeitsverbotes und das Anrecht auf angemessene Integration.
8. Wir müssen verhindern, dass Einwandernde für Lohn-dumping missbraucht werden. Menschen, die in der Schweiz arbeiten, müssen zu hiesigen Löhnen und Arbeitsbedingungen angestellt werden. In jeder Branche und in jedem Kanton müssen Mindestlöhne gelten, die für ein anständiges Leben ausreichen. Überall sind transparente und verbindliche Lohnskalen zu definieren, damit alle Löhne geschützt sind.
9. MieterInnen müssen vor überhöhten Mieten durch Immobilienspekulation geschützt werden. Das beste Mittel dafür ist die Beschränkung der Marktmieten auf einer Höhe, die höchstens 10% über Kostenmiete liegt.
10. Konzerne und hohe Einkommen müssen fair und am Ort der Wertschöpfung besteuert werden. Die Bemessungsgrundlagen und die Steuersätze sind auf ein international übliches Niveau anzuheben, die Kantone zu entsprechenden Mindestsätzen zu verpflichten.
11. Gute Forschung und gute Lehre gedeihen nur in einem ungehinderten internationalen Austausch. Auch dafür brauchen wir eine weltoffene Schweiz.
12. Das Volumen des privaten motorisierten Individualverkehrs darf nicht weiter ansteigen. Stattdessen sind der Langsamverkehr (FussängerInnen, VelofahrerInnen) konsequent zu fördern und der öffentliche Verkehr

auszubauen. Wir fordern vier auto- und stressfreie  
Sonntage pro Jahr.